

Ärztliche Möglichkeiten

Da der Hinduismus die Werke leiblicher Barmherzigkeit gerne auch von Nihthindus annimmt, bestehen in Nordindien große Möglichkeiten für den missionsärztlichen Einsatz, die katholischerseits leider nicht genutzt werden können, weil es an katholischen Ärzten, Pflegerinnen und Hebammen fehlt. Gerade hat die Gründerin der Katholischen Missionsärztlichen Schwestern von Philadelphia, Anna Dengel, der amerikanischen Öffentlichkeit die Notwendigkeit eines katholischen Medizinischen Kollegs für Indien vor Augen geführt. Ohne dieses Kolleg, das wohl 2 Millionen Dollar kosten wird, wird es bald in Indien kaum noch katholische Ärzte geben, deren Berufsethik von den Grundsätzen der Kirche normiert ist.

Gerade in Nordindien, wo vielleicht ein Arzt auf 6300, eine Pflegerin auf 43 000 Leute und eine ausgebildete Hebamme auf 60 000 Geburten kommt, bildet die schlechte gesundheitliche Betreuung eine der Wurzeln für mögliche soziale Revolutionen. Die Kommunisten haben bei den letzten Wahlen gerade diese Seite des indischen Sozialdramas besonders hervorgehoben und auf die Leiter, die als Symbol des sozialen Aufstiegs alle Plakate zierte, Hammer und Sichel gemalt, unter Hinweis darauf, daß der Westen nichts zur Behebung des Elends tue.

Gefallene Schranken

Einige halbunabhängige Fürstenstaaten Nordindiens sperrten vor der Unabhängigkeitserklärung Indiens dem Katholizismus den Zutritt zu ihren Gebieten. Die neue Verfassung hob die territorialen Beschränkungen für religiöse Werbung auf und gab damit theoretisch auch dem Christentum den Weg in die gesperrten Fürstenstaaten frei. Praktisch bedurfte es noch eines beharrlichen Druckes der Zentralregierung, um dem Gesetz Geltung zu verschaffen. In einem dieser Staaten, Udaipur, bildeten sich um 1935 Gruppen von mehreren tausend Katechumenen aus der Gruppe der Ureinwohner und führten bei heftiger Verfolgung einen mehr als zehnjährigen Kampf um die religiöse Freiheit. Priestern war viele Jahre der Zutritt zu den Christen verboten, später nur unter schikanösen Ausnahmebestimmungen gestattet. Die isolierte Christengruppe hat sich hauptsächlich durch Laien-Selbsthilfe zu einer Gemeinde von über 8000 entwickelt.

Um an den Hinduismus heranzukommen, haben zwei Jesuiten (ein Inder und ein Belgier) in den letzten Jahren versucht, als indische Bettelmönche mitten unter der Landbevölkerung zu leben und sich den Lebensgewohnheiten dieser Sannyasi oder Sadhu völlig anzupassen. Obwohl die indische Bischofskonferenz solche Versuche jetzt grundsätzlich für alle Diözesen gebilligt hat, sie freilich auf besonders geprüfte Ausnahmefälle beschränkt, ist es doch zweifelhaft, ob diese Methode weiter verfolgt wird.

Daß aber die katholische Kirche ins öffentliche Leben des neuen Indien eindringt, zeigen am besten drei Tatsachen. Am Sitze der Regierung, in Neu-Delhi, übernahmen die Jesuiten aus der Hand eben dieser Regierung ein Zentral-Universitätskolleg. Ein von amerikanischen Katholiken und der Regierung zusammen finanziertes katholisches Krankenhaus konnte in Indiens Hauptstadt eröffnet werden. Wenige Kilometer von der heiligen Stadt Benares am Ganges entfernt, besteht seit 9 Jahren das Zentrum einer Missionsgesellschaft indischer Priester, das den Namen Krist-Nagar (= Christusstadt) trägt. Es ist kenntlich durch ein Kreuz, das das Eingangstor überragt.

Religiöse Wetterzeichen in Südafrika?

„The Southern Cross“, das katholische Wochenblatt in Kapstadt, veröffentlichte kurz vor den Wahlen einen Appell an die Nationalistische Partei Malans, sich von gewissen Vorschlägen zur Diskriminierung der Katholischen Kirche zu distanzieren.

Im Jahre 1949 hatte die Partei ein Komitee eingesetzt, um die „römische Gefahr“ zu studieren. Vor längerer Zeit veröffentlichte ein Mitglied dieses Komitees eine Flugschrift, die verschiedene Vorschläge zur Eindämmung dieser „Gefahr“ machte, und vor kurzem griff das Organ der Niederländischen Reformierten Kirche in Südafrika, in der Ministerpräsident Malan vordem selbst als Pastor wirkte, diese Vorschläge wieder auf. Einer davon fordert ein Einwanderungsverbot für Katholiken, besonders für Priester, Schwestern und Lehrer, sowie ein Einfuhrverbot, Druckverbot und Verbreitungsverbot für „römische Propagandaliteratur“. Ein anderer will alle Schulen, Kranken- und Waisenhäuser der Regierung unterstellen und nach „protestantisch-christlichen Grundsätzen“ geführt wissen. Ferner wird vorgeschlagen, Katholiken, die sich Angriffe auf die Protestanten zuschulden kommen lassen, mit Deportation zu bestrafen. Ein solcher Angriff sei auch dann gegeben, wenn versucht werde, die Regierung oder das bestehende christliche Erziehungssystem zu unterhöhlen. Der Aufsatz macht auf den steigenden Einfluß des Katholizismus in Holland aufmerksam und stellt die Frage: „Ist nicht der Augenblick gekommen, die römische Aktion in unserem Vaterland aufzuhalten?“

„The Southern Cross“ weist darauf hin, daß die Katholische Kirche in Südafrika sich peinlicher parteipolitischer Neutralität befleißigt und daß auch die Regierung religiöse Neutralität versprochen habe, glaubt aber, es sei an der Zeit, daß die den Verfassern solcher Vorschläge nahestehende Partei sich von solchen diskriminatorischen Plänen distanzieren müßte.

Wir berichten über diesen Vorfall im Hinblick auf umgekehrte Vorgänge in katholischen Ländern. Wäre es nicht im Angesicht der Gefahr, die dem Christentum jeder Form in den überseeischen Kontinenten droht, wünschenswert, von beiden Seiten sich auf das eigene religiöse Zeugnis zu beschränken statt sich durch Diskriminierung anderer eine Position wahren zu wollen, die auf einem sehr fragwürdigen staatlichen Schutz aufgebaut ist?

Ökumenische Nachrichten

Landesbischof Lilje Der Landesbischof von Hannover, belehrt die Ökumene D. Hanns Lilje, ein erfahrener Ökumenist, hat nicht erst auf der Weltkirchenkonferenz von Amsterdam und in Lund eine bedeutende Rolle gespielt. Als der neue Präsident des Lutherischen Weltbundes wird er auch für die Zukunft wichtige Führungsaufgaben zu lösen haben. Er hat nun ein eigenes Votum über den gegenwärtigen Stand der Ökumenischen Bewegung veröffentlicht (Theol. Lit. Zeitung 78. Jhg. Nr. 2 vom Februar 1953, Sp. 65—74). Wir gehen ausführlich darauf ein, nicht, weil er in einer längeren Anmerkung in einigen Personalfragen unseren Bericht über Lund bemängelt (vgl. unsere Berichtigung 7. Jhg., S. 140 ff. und S. 211) und in unserer Behandlung der Lutherischen Weltbundtagung zu Hannover die positiven Urteile vermißt (wir hatten

uns absichtlich auf die auch von lutherischer Seite negativ beurteilte dogmatische Sektion beschränkt); oder weil er an anderer Stelle unser theologisches Urteil über Lund mit einem Lob auszeichnet; auch nicht deshalb, weil zwischen seiner Ansicht der Ökumenischen Frage und der unseren, wenigstens hinsichtlich des theologischen Dilemmas und im Negativen, volle Übereinstimmung besteht. Sondern wir vermuten, daß D. Lilje morgen, in Evanston, und erst recht danach, der Gegenspieler gegen den konfessionsfeindlichen amerikanischen Protestantismus der einflußreichen Gruppe van Dusen — Walter M. Horton — Charles Cl. Morrison sein dürfte, vielleicht sogar ein Vermittler zur Lösung des Dilemmas. Jeder katholische Ökumenist vom Fach sollte daher seinen Aufsatz kennen.

Obwohl die ökumenische Arbeit sich als ganzes gefestigt hat und in das Bewußtsein der Christenheit eingegangen ist, so schreibt der lutherische Landesbischof, habe Lund gegenüber Amsterdam keine sichtbaren Fortschritte gebracht. Es sei vielmehr das Dilemma in der Frage des apostolischen Bischofsamtes, also in der Frage der Ekklesiologie, offenbar geworden. Mit ähnlichen Worten, die wir zu gebrauchen pflegen, nennt D. Lilje die drei „Fluchtwege“, die man in Lund ersonnen hat. Man habe dort die unlösbare Frage der Ekklesiologie auf die Christologie verlagert, eigentlich zurückverlegt. Wir finden im Gegensatz zu D. Lilje, daß dieser Fluchtweg nicht nur wesentliche Erkenntnisse ermöglicht, wie er meint, sondern daß er zu einer heilsamen Krise führen wird. Als den zweiten Fluchtweg nennt er, unserer Charakteristik des Vortrages von Prof. E. Schlink folgend, die Flucht nach vorn in die Eschatologie. Hier sind wir mit ihm ganz einig, daß dabei nichts herauskommt. Einen dritten Fluchtweg in angelsächsische Kompromisse haben wir seinerzeit nicht berichtet, weil er uns gar zu billig erschien.

Das lutherische Patent

Was wir schon in unserem Vorbericht über die Lutherische Weltbundtagung in Hannover entwickelt hatten (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 502 f.), nämlich daß die Lutheraner sich als die Retter aus dem ökumenischen Dilemma anbieten würden und ihre ökumenische Politik darauf abstellen, daß sie eines Tages ihren — von der neutestamentlichen Exegese inzwischen als ziemlich „schriftwidrig“ erwiesenen — Artikel VII der Augsburgerischen Konfession als Lösung vorschlagen, das ist nun tatsächlich das Programm von D. Lilje, so wie es schon 1927 das Programm von Erzbischof Söderblom auf der Weltkirchenkonferenz von Lausanne war. (Vgl. jetzt Herders Bildungsbuch bzw. Der Große Herder X. Sp. 1431 f. und 1475 f.) Inzwischen ist aber 25 Jahre lang theologisch gearbeitet und noch mehr kirchlich erlebt worden. Dennoch nennt D. Lilje die heftige Kritik amerikanischer Kreise am Konfessionalismus oder Denominationalismus, von der wir weiter unten noch hören werden, und die Verdächtigung der konfessionellen Verschiedenheit als „sündhafte Spaltung“ eine „unzulässige Simplifizierung“. Der Weg zur Einheit der Christenheit sei der Weg ins Zentrum, d. h. näher zu Christus. Dieser Weg führe aber durchaus nicht zur Auflösung der Konfessionen, sondern zu ihrer Vertiefung.

Es gäbe Kirchenspaltungen, die nicht auf Sünde und Unbußfertigkeit beruhen, sondern auf dem „Willen, der

Wahrheit des Evangeliums zu gehorchen“. Dieser Ansatzpunkt der Reformation habe noch heute seine Bedeutung. Man müsse mit Martin Luther und dem Artikel VII der C. A. — wonach zur wahren Einigkeit der Kirchen die lautere Verkündigung des Evangeliums und die ihm gemäßige Verwaltung der Sakramente genügen — vor einem kirchlichen Institutionalismus und Perfektionismus warnen, der die genaue Parallele zu einem moralischen Perfektionismus mit seiner Verachtung der Rechtfertigungslehre allein aus Glauben sei. „Die sichtbare, irdisch begreifliche Einigung der Kirche ist nicht ohne weiteres eine neutestamentliche Verheißung.“ Die Fragestellung nach der Einen Kirche als gemeinsamer Institution sei falsch, so erklärt der lutherische Landesbischof von Hannover und fordert damit das Gewissen der Ökumenischen Bewegung en bloque heraus! Sie sei überdies geradezu katholisch, d. h. sie glaube an die Möglichkeit einer geeinten heiligen und apostolischen Kirche in der Geschichte, wie sie Rom darzustellen meint. D. Lilje glaubt daran nicht. Nicht einmal mit den lutherischen Eschatologen für die Zukunft.

Die „Häresie“ der apostolischen Sukzession

Im Gegenteil! Er hat darum bereits in Lucknow anläßlich der Tagung des Zentralaussschusses des „Weltrates der Kirchen“, wie er selber im „Informationsblatt“ (2. Jhg. Nr. 4 Februar 1953 S. 59 f.) berichtet, den lutherischen Gemeinden in Indien geraten, nicht der „Kirche von Südindien“ oder einem anderen Unionsschema beizutreten, sondern sich zu einer „Vereinigten lutherischen Kirche Indiens“ zusammenzuschließen. Man könne die vorhandenen theologischen Probleme nicht durch Unionen umgehen, man kann sie höchstens verlagern, „aber das hilft nichts“, solange die zusammengeschlossenen Konfessionen über die Taufe und das Abendmahl oder über Christus verschieden lehren. D. Lilje bekennt sich damit zu dem von Henry van Dusen leidenschaftlich angeprangerten Konfessionalismus, der der Tod der Ökumenischen Bewegung sei.

In seiner Kritik an dem Lieblingsplan der ökumenischen Unionisten, der in Evanston auf der 2. Vollversammlung des „Weltrates der Kirchen“ im nächsten Jahre eine entscheidende Rolle spielen wird, sagt D. Lilje u. a. auch diese Sätze: „... in dem konkreten Falle der Church of South India, wo man viel mit dem Gedanken operiert, man müsse die Kirche zunächst unter einheitlicher bischöflicher Leitung zusammenschließen, dann würden sich die Unterschiede mit der Zeit schon klären lassen, muß der Lutheraner mit großem Ernst sagen, daß es in manchen Teilen der anglikanischen Kirche ein Verständnis des bischöflichen Amtes gibt, das für den Lutheraner häretisch ist. Das ist überall da der Fall, wo man das Wesen der Kirche im Vorhandensein der durch die Apostolische Sukzession gesicherten bischöflichen Ordnung sieht, wie es seit den Tagen des 1. Clemens-Briefes bis hinein in die Kreise der Hochkirchlichen aller Denominationen gelehrt wird.“ Dieser Satz — der durch die neuen Forschungen über die lukanischen Schriften des Neuen Testaments theologisch überholt ist — schafft als kirchenpolitisches Diktum in der Tat auf dem ökumenischen Forum alle erforderlichen Klarheiten. So wird das Zentralproblem der ökumenischen Arbeit für häretisch erklärt und abgewiesen. Ist das nicht auch eine „unzulässige Simplifizierung“?

D. Lilje hat am Schlusse seines Aufsatzes in der „Theo-

logischen Literaturzeitung“ übrigens durchaus richtig erkannt, daß die laufende kritische Beobachtung der Ökumenischen Bewegung durch die katholische Theologie und Publizistik weder eine „Geringschätzung“ noch eine „hämische Gesinnung“ bekundet. Er sieht freilich nicht, daß diese Beobachtung eine tiefe pastorale Verpflichtung gegenüber der ökumenischen Sache darstellt: es soll damit in vielen ökumenischen Christen der Glaube an die Eine Heilige Katholische und Apostolische Kirche gestärkt werden, damit sie keinen Kompromissen verfallen und nicht auf „Fluchtwege“, auch nicht auf den lutherischen Fluchtweg nach rückwärts in den transitorischen Moment des Jahres 1530 geraten, sondern tapfer und gelassen allen derartigen Versuchen widerstehen, bis sie die ganze Wahrheit als Logos incarnatus finden.

Diese unsere Haltung wird gerechtfertigt durch das theologische Schrifttum auch unserer lutherischen Freunde. Wir denken dabei etwa an die neue Schrift von Max Lackmann: „Reformatorsche Rechtfertigungslehre“ (Evangel. Verlagswerk Stuttgart 1953). Über seine Anklage, die evangelischen Theologen hätten sich „einer treulosen Verwaltung der Geheimnisse Gottes schuldig gemacht“, berichten wir alsbald.

Das Dilemma des N. C. C.

Das gleiche Dilemma, das den „Weltrat der Kirchen“ bedroht, blockiert auch den im Dezember 1950 gegründeten „Nationalrat der Kirchen Christi“ in den USA (N. C. C.), der aus dem ehemaligen „Federal Council“ entstanden ist (vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 246). Für die zweite Generalversammlung dieser Ökumene im Kleinen, die vom 7. bis 9. Dezember 1952 in Denver (Colorado) zusammentrat, hatte der Präsident der Studienabteilung des „Weltrates der Kirchen“, Prof. Henry van Dusen, einen ähnlichen Angriff gestartet wie vor dem Zusammentritt der Weltkirchenkonferenz von Lund (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 39 f.). Durch eine Weltreise, die ihn nach Japan, Formosa, die Philippinen, Siam und über Indien nach Afrika führte, hat er seinem Programm christlicher Kooperation auch angesichts des in Afrika überall vordringenden Katholizismus den notwendigen Hintergrund gegeben. Er fordert abermals die Beseitigung des Denominationalismus, da diese Erscheinung im „Weltrat der Kirchen“ wie im „Nationalrat“ eine, wie er sagt, historische Absurdität und ein krasser Widerspruch zur Idee des Leibes Christi sei („Christian Century“ vom 3. Dezember 1952). Aber weder er noch seine Freunde konnten sich in Denver durchsetzen. Die Tagung des Nationalrates wurde mit großen Erwartungen begrüßt. Welche Fülle praktischer Programme wurden ihr gestellt, darunter die dringende Aufgabe, die 64 Millionen Amerikaner zu missionieren, die bisher überhaupt keiner Kirche angehören und die man doch nicht auf die Denominationen von gestern verteilen könne, dazu die kirchliche Versorgung der vielen aus dem Boden schießenden neuen Zentren der amerikanischen Rüstungsindustrie, die von den Denominationen gemeinschaftlich und einmütig geleistet werden müsse.

Was kam schließlich bei der Tagung heraus? Die Berichte sind voller Enttäuschung. Jedenfalls wurde u. a. die Griechisch-Orthodoxe Kirche der USA als 30. Denomination und 5. orthodoxe Gemeinschaft in den Nationalrat aufgenommen, eine beachtliche Neuerung gegenüber der Gründungsversammlung von 1950, der noch keine Ortho-

doxen angehörten. So umfaßt er jetzt 34 Millionen Mitglieder. Man hatte inzwischen auch die christologische Basis ein wenig orthodoxisiert. Es heißt nicht mehr wie zu Anfang nur, die Mitgliedschaft erfordere den Glauben an Jesus Christus als „Herrn und Heiland“, wie man übrigens immer noch im täglichen Gebrauch der christlichen Zeitschriften lesen kann, sondern an Jesus Christus als „göttlichen Herrn und Heiland“. Die Angleichung dieser Changeant-Christologie an die Formel des „Weltrates der Kirchen“ (*Unser Herr Jesus Christus als Gott und Heiland*) wurde nach wie vor abgewiesen, weil sie einigen Sekten zuviel zumutet, obwohl sie Mitglied auch des „Weltrates“ sind! Den Orthodoxen scheint diese Variante keinen Stein des Anstoßes zu bedeuten. Andererseits steht es nunmehr fest, daß dieser neue „Nationalrat der Kirchen“ tatsächlich nur eine — übrigens an chronischem Geldmangel leidende — Kooperative mit einer großartigen organisatorischen Apparatur ist, bei der indessen die Denominationen die selbständigen Auftraggeber bleiben. Das hat die auf eine „Vereinigte Kirche Christi“ hinsteuernden Unionisten sehr vergrämt. Einer ihrer Sprecher, Charles Cl. Morrison, machte daraufhin in „Christian Century“ (vom 7. Januar 1953) den revolutionären Vorschlag, man solle die Lokalgemeinden, die in den USA besonders stark sind, ihren Denominationen entfremden und für eine Einige Kirche Christi mobilisieren. Man darf gespannt sein, wie sich bis zur Weltkonferenz von Evanston der Aufmarsch dieser Unionisten weiter vollzieht.

Ökumenisches Europa

Unlängst hielt in Paris der Ökumenische Ausschuss für Europäische Zusammenarbeit, ein unabhängiger Kreis von Laien, die sich mit gemeinsamen europäischen Aufgaben beschäftigen, seine 5. Tagung unter dem Vorsitz von Prof. André Philip ab. Zu den deutschen Teilnehmern gehörten Bundestagspräsident OKR Dr. Ehlers, Kirchentagspräsident D. Dr. Reinhold von Thadden und Dr. Gustav Heinemann. Der „Weltrat der Kirchen“ war durch seinen Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft vertreten, die ungarischen reformierten Bischöfe Bereczky und Peter fehlten nicht. Auch Pastor Marc Boegner und Pierre Maury, die Führer des französischen Protestantismus, waren zugegen. Um den Eindruck zu vermeiden, als handele es sich hier um ein offizielles Organ der Kirchen oder der Ökumenischen Bewegung, wurde der Name des Ausschusses abgeändert in „Arbeitsgemeinschaft: Christliche Verantwortung für die europäische Zusammenarbeit“. In der Kommission sind die meisten europäischen Länder mit zwei bis drei Mitgliedern vertreten, die zugleich verschiedenen politischen Richtungen angehören: Vorsitzender ist André Philip (Frankreich), sein Stellvertreter Dr. C. L. Patjin (Holland), ferner gehören der Kommission an Pierre Mahillon und Jean Rey (Belgien), Ole Bjorn (Dänemark), René Courtin und Roger Mehl (Frankreich), Dr. Walter Bauer, Dr. Hermann Ehlers, Dr. Gustav Heinemann und Ministerpräsident H. W. Kopf (Deutschland), Dr. Max Kohnstamm (Holland), Prof. Mario Rollier (Italien), Chr. S. Oftedal und Erling Wikborg (Norwegen), J. Dickson (Schweden), Denis de Rougemont (Schweiz), John Edwards und Kenneth Grubb, der europäische Direktor der C.C.I.A., sowie Martin Wight (England), und als Sekretär P. Albrecht, Genf.

Die Pariser Aussprache erörterte die Probleme der Montanunion, der Verteidigungsgemeinschaft und der geplanten Bildung einer höheren politischen Behörde in Europa. Besondere Aufmerksamkeit wurde den Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten sowie zwischen West- und Osteuropa geschenkt. Das nächste Treffen wird in London stattfinden. Eine Zeitschrift unter dem Titel „European Issues“ (Europäische Probleme) soll zur Förderung der Studien beitragen. (Nach „Informationsblatt für die Gemeinden in den niederdeutschen luth. Landeskirchen“ 2. Aprilheft 1953 S. 109.)

„Europa verteidigen? Nein!“

Wie schon die Zusammensetzung der Kommission zeigt, besteht vorläufig keine einheitliche Europaidee, wenn man nicht den interessanten „Europäischen Fragebogen“ dazu rechnen will, der 1951 veröffentlicht wurde (vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 397; siehe jetzt auch Herders Bildungsbuch Sp. 1456). Während z. B. neulich Bundestagspräsident Dr. Ehlers sich gegen die vereinfachte Scheidung eines katholisch-konservativen von einem protestantisch-sozialistischen Europa wandte, ohne die Verschiedenheit der katholischen von der evangelischen Position zu verschweigen, hat der rührige Dr. Visser 't Hooft im Leitartikel der „European Issues“ eine radikal eschatologische Position bezogen, man kann fast sagen: die Antithese zu der im letzten Heft der Herder-Korrespondenz veröffentlichten Ansprache Papst Pius' XII. an die Vertreter des Europakollegs in Brügge. Ohne einen schlichten und praktischen Rat zu geben, wie es der Papst getan hat, den sehr unpopulären aber unvermeidlichen Rat an die europäischen Staaten zu dauerhaftem Verzicht auf bestimmte historische Ansprüche, vertritt Dr. 't Hooft in diesem Aufsatz unter dem Titel: „Soll Europa verteidigt werden?“ (zugleich der Leitartikel des oben zitierten „Informationsblattes“) eine Haltung aus einer fast asiatischen Perspektive und Distanz.

Er geht von der Sterilität des heutigen Europa aus, die eine „Sterilität der Angst“ sei. „Nicht verteidigen können wir das Europa, das sich an seine alten Privilegien klammert und nicht begreifen kann, daß seine Privilegien nicht eingetragen sind in der ewigen Ordnung der Dinge.“ Er verwirft zugunsten unbeschränkter Meinungsfreiheit jeden politischen Antikommunismus mit totalitären Begleiterscheinungen. Der christliche Glaube könne sehr wohl die erneuernde Kraft in diesem Europa sein, aber er sei nicht dazu da, als politisches Heilmittel für politische Zwecke zu dienen. Man dürfe nicht nach den „leichten Lösungen von Dostojewskjis Großinquisitor“ greifen. Dr. 't Hooft zitiert aus dem Buch des Rektors des Europakollegs in Brügge, Henry Brugmans, über „Die Krise und die Berufung des Westens“ den Satz: „Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts wird die Zeit unseres babylonischen Exils, unserer ‚Gleichschaltung‘ und unserer Vernichtung... oder sie wird die Zeit unserer Bekehrung sein.“ Und er knüpft daran die Frage: „Soll das nun heißen, daß wir glauben müssen, um Europa zu retten? Wer das behauptet, hat die Natur des Glaubens verkannt, der uns nicht zu diesem Zweck geschenkt worden ist.“ Es sei durchaus nicht gesagt, daß Europa die heutige Krise überwinden werde. „Sollen wir Europa verteidigen? Nein. Sondern in Europa leben im Glauben an Gott, der alle Dinge neu macht.“

Der Eid der Königin Königin Elisabeth II. von England **Elisabeth II.** wird am 2. Juni anlässlich ihrer feierlichen Krönung und Salbung auch einen besonderen Glaube eid leisten müssen. Der Eid wird ihr vom Erzbischof von Canterbury, Dr. John Fisher, vorgesprochen, und sie hat ihn mit einem „I will“ zu bekräftigen. Die Eidesformel hat folgenden Wortlaut: „Willst Du mit ganzer Kraft die Rechte Gottes und das wahre Bekenntnis zum Evangelium bewahren? Willst Du mit aller Macht im Vereinigten Königreich die Protestantische Reformierte Religion bewahren, wie sie durch Staatsgesetz garantiert ist? Und willst Du bewahren und unverletzlich erhalten die Gerechtsame der Kirche von England und die Lehre, den Gottesdienst, die Disziplin und das Regiment, wie es durch Gesetz in England gegeben ist? Und willst Du auch den Bischöfen und dem Klerus von England und den ihnen anvertrauten Kirchen alle Rechte und Privilegien erhalten, wie sie durch Gesetz ihnen zugesprochen sind oder werden?“

Der Wortlaut zeigt, daß der Eid noch aus der reformierten Phase der englischen Kirchenreform unter Königin Elisabeth I. stammt. Er gilt sowohl für die Anglikanische Kirche wie für die presbyterianische Kirche von Schottland. Er verrät, heute manchem recht peinlich, die „reformierte“ Substanz der Anglikanischen Kirche, die sich in der Ökumenischen Bewegung bekanntlich für „katholisch“ ausgibt, weil sie angeblich in ihrem Episkopat die apostolische Sukzession und infolgedessen auch die gültigen Sakramente bewahrt habe. So blieb ein Protest von seiten der anglikanischen Hochkirche bzw. den sogenannten Anglikatholiken nicht aus. Ihr Sprecher, Dr. Edwin Morris, Bischof von Monmouth, erklärte in Westminster Abbey, die Kirche von England sei nicht protestantisch, sondern sie sei die alte katholische Kirche aus den ältesten Zeiten des Landes. Der Eid müsse endlich einmal in seinem Wortlaut abgeändert werden.

Ihm wurde von römisch-katholischer Seite erwidert, der Eid sei für die römischen Katholiken zweifellos eine bittere Sache, aber man könne nicht die Anglikanische Kirche für katholisch ausgeben, denn „das Mark des Katholizismus ist die Gemeinschaft mit dem Heiligen Stuhl in Rom“. Es ist kaum anzunehmen, daß von den rund 5 Millionen Katholiken in Großbritannien oder von den 25 Millionen Katholiken in dem Commonwealth ein ernster Protest erfolgen wird. Er hätte auch wenig Aussichten. Der Eid gehört zu dem Krönungszeremoniell wie die goldene Staatskarosse und die Perücken der Lords. Er ist ein, wenn auch verräterisches Stück der englischen Tradition.

Der Sekretär des Erzbischofs von Canterbury gab auf Befragen bekannt: „Die Königin genießt als Individuum dieselbe Glaubensfreiheit wie jeder andere Mensch in England. Es gibt aber gewisse Ämter nicht allein in der Kirche, sondern auch im Staate, die von ihren Trägern einen bestimmten religiösen Glauben fordern. Das Amt des Monarchen gehört auch dazu. Sollte der Souverän sich außerstande fühlen, gewissenmäßig die Forderungen eines Mitgliedes der Kirche von England zu erfüllen, so bleibt ihm der Weg der Abdankung offen.“ Im übrigen ist es bekannt, daß man in der Kirche von England jeden Glauben bekennen kann, den fast römisch-katholischen Glauben der Anglikatholiken oder den Glauben der Methodisten; man kann sogar die Inkarnation wie die Auferstehung bestreiten oder die Euthanasie vertreten und dabei Bischof der Kirche von England sein. Wie lange noch?